



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/137

10. Oktober 1949

## Dr. Lukascheks Aufgabe

Von Wenzel Jaksch

Es gehört zum Wesen einer verantwortungsvollen Opposition, dass sie auch den guten Willen politischer Gegner gelten lässt, sofern sie ihren schlechten Willen nicht selber unter Beweis stellen. Dieser Grundsatz muss auch gegenüber Dr. Hans Lukaschek gelten,

den Bundesminister für Fragen der Heimatvertriebenen. Als Überschiefer ist er mit den Problemen wohl vertraut, die zu der Tragödie

der Massenausreibungen führten. Als ein Mann des 20. Juli sticht er vorteilhaft von den unerfreulichen Gestalten ab, die in den Hei-

matvertriebenen nur Werkzeuge reaktionärer Absichten oder ihres ganz privaten Ehrgeizes sehen. Er bringt ausserdem eine gründliche Kennt-

nis des Flüchtlingsproblems mit, die er sich als Präsident des Katholischen Flüchtlingsbeirates und als Leiter des Hauptamtes für

Sofort-Hilfe erwarb.

Dr. Lukaschek ist aber der Flüchtlingsminister einer Koalitionsregierung, deren massgebende Partei gar kein Flüchtlingsministerium

gewollt hat. Das Vertriebenenproblem ist der grösste Planungsauftrag der deutschen Geschichte. Die Regierung Adenauer verwirft je-

doch das Prinzip der Planung. Ihr Wirtschaftsminister Professor Erhard will den Beweis führen, dass Westdeutschland am besten durch

Nicht-Planung wieder aufgebaut werden kann. Schon in der Struktur der Regierung wirkt sich dies so aus, dass - entgegen den SPD-Vor-

schlägen - Flüchtlingshilfe und Wiederaufbau nicht in ein Bundesministerium zusammengefasst wurden. Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbe-

schaffung für Heimatvertriebene werden also nicht unter einem Dach wohnen, obwohl diese Dinge unlösbar miteinander verbunden sind.

Es ist zu befürchten, dass das leitende Prinzip der Nichtplanung auf Schritt und Tritt mit den Bedürfnissen einer aufbauenden

Flüchtlings-Politik in Widerspruch geraten wird. Dies kündigt sich

bereits auf dem Gebiete des sogenannten Spitzenausgleichs an, in dessen Rahmen 600.000 Heimatvertriebene aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern hauptsächlich in die Länder der französischen Zone übergeführt werden sollen. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Länderregierungen liegt vor. Die französische Zone ist im Vergleich zur Vorkriegszeit unterbevölkert und aufnahmefähig. Nach der guten Aufnahme der ersten Transporte zu schliessen, ist die einheimische Bevölkerung guten Willens. Aber die Widerstände werden wachsen. Im Zeichen der "Normalisierung" fällt jedes Zusammenrücken und Sichbeschränken schwerer. Dazu kommt die starke wirtschaftliche Ausblutung der französischen Zone. Sie hat durch Demontagen und Requisitionen unstreitbar schwerer gelitten, als die Abgabeländer der Doppelzone. Über den ersten Sättigungsgrad hinaus wird daher mit der Umsiedlung der 600.000 Flüchtlinge auch eine Verlagerung der Flüchtlingsarbeitslosigkeit verbunden sein.

Wäre dies nicht eine goldene Gelegenheit, den Spitzenausgleich mit einer aufbauenden Wirtschaftspolitik in der französischen Zone zu verbinden? Es gilt dort, manche kleingewerbliche Produktionslücken aufzufüllen. An Stelle demontierter Betriebe wären Ersatzindustrien willkommen. Gemeinden wären bereit, Baugründe für Flüchtlingswohnungen herzugeben, um die Einweisungsschwierigkeiten zu erleichtern. Eine Kombination von Bundeshilfe zur wirtschaftlich-sozialen Meisterung dieses Zuwachsproblems würde gewiss auf fruchtbaren Boden fallen. Wäre es nicht möglich, im Wege der Vorfinanzierung jene Mittel produktiv einzusetzen, welche die Fürsorge für arbeitslose und verelendete Flüchtlinge in den nächsten Jahren kosten wird?

Solche Fragen sind nicht nur in der französischen Zone aktuell. Das ganze Problem der Flüchtlings-Arbeitslosigkeit ist ohne eine planmässige Wiederaufbaupolitik nicht zu meistern. Man kann wohl einwenden, dass die deutsche Kapitalnot die Ausführung auch der bestgemeinten Planungen verhindert. Auf der anderen Seite hat aber der Mangel einer zusammenschauenden Wirtschaftspolitik es erschwert, dem Auslande den engen Zusammenhang zwischen der alliierten Demontagepolitik und den Schwierigkeiten einer produktiven Vertriebenenhilfe klarzumachen.

Solange die westdeutsche Wirtschaftslage durch die optimistische Pausbackigkeit des Herrn Professor Erhard verschleiert wird,

wird es Dr. Lukaschek schwer haben, wesentliches von jenen gutgemeinten Hilfsvorschlägen durchzusetzen, an deren Abfassung er mitge-

wirkt hat. Es war kein Sozialdemokrat, sondern Oberkirchenrat H. Kloppenburg in Genf, der unlängst zu diesem Thema schrieb:

"Überlässt man die Vertriebenen dem freien Spiel der Kräfte, so würde das für sie als die wirtschaftlich Schwächeren eine erneute

Benachteiligung... bedeuten". Aufgabe der parlamentarischen Opposition wird es sein, diese "Wahrheit der ganzen Bundesregierung einzu-

hämmern, bis eine grundsätzliche Änderung der wirtschaftspolitischen Orientierung in Westdeutschland die Voraussetzungen für eine plan-

volle Vertriebenenhilfe schafft.

\* \* \*

#### Soziallasten und Volkseinkommen

---

sp. Der Sozialpolitische Ausschuss des Parteivorstandes der SPD tritt am 30.10. in Köln zu einer Besprechung der gegenwärtigen

sozialpolitischen Lage zusammen. An dieser Tagung werden die Mitglieder des Ausschusses und die Sozialpolitiker der Bundestags-

fraktion teilnehmen.

Dr. Kurt Schumacher wird die Tagung mit einem politischen Referat einleiten.

Grundthema der Besprechung ist das Verhältnis von Soziallasten zum Volkseinkommen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten

künftiger Sozialpolitik. Es werden Referate über die sozialpolitische Gesetzgebung des Wirtschaftsrates und über die notwendige

sozialpolitische Gesetzgebung im Bundestag gehalten werden. Aus dem Bereich der Arbeitsverwaltung werden Fachleute über das Problem

der Vollbeschäftigung sprechen; ausserdem ein Vertreter der sozialdemokratischen Ärzteschaft über die Notwendigkeit einer weitgehen-

den Gesundheitspolitik.

\* \* \*

### Hintergründe einer Regierungskrise

-----  
Von Alfred Frisch, Paris

Die jüngste französische Regierungskrise hat nur wenig sachliche Berechtigung. Die gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme müssen unabhängig von der politischen Zusammensetzung der Regierungsmehrheit gelöst werden, zwangsläufig durch ein irgendwie geartetes Entgegenkommen der zweifellos benachteiligten Arbeiterschaft gegenüber. Mit etwas gutem Willen wäre es möglich gewesen, sich auf einer zufriedenstellenden Grundlage zu einigen, dieser gute Wille fehlte aber vor allen Dingen auf dem rechten Regierungsflügel. Rein persönliche Gründe spielten eine gewisse Rolle. Es gibt in Frankreich immer eine Reihe von Persönlichkeiten, besonders bei den Radikalsozialisten und den Konservativen, die es sehr bedauern, nicht Minister zu sein und ebenso sehr darum bemüht sind, einen für sie hoffnungsvollen Regierungswechsel herbeizuführen.

Als schwerwiegender erwiesen sich jedoch die politischen Absichten der Konservativen, die sehr zielbewusst ihre Offensive gegen die sozialistische Linke durchführen. In eingeweihten Kreisen hatte man schon lange das bestimmte Gefühl, dass an der Ausschaltung der französischen Sozialisten eifrig gearbeitet wird. Die Konservativen sind sehr ehrgeizig und haben bereits Pläne entworfen, die weit über den französischen Rahmen hinausgehen. Sie wollen innerhalb Europas dem Liberalismus zum Siege verhelfen. Der Weg hierzu ist einerseits eine entschiedene kontinentale Frontstellung gegenüber der zweifellos unregbar egoistischen englischen Arbeiterpartei, andererseits die Verdrängung des noch verbleibenden schwachen sozialistischen Einflusses in Westeuropa. Die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung ohne Sozialisten in Frankreich ist hierfür eine wichtige Voraussetzung, denn in Italien verfügen die Freunde Saragats nur noch über einen geringen Einfluss in der Regierung und auch die holländische "Partei der Arbeit" stellt kein erwähnenswertes Hindernis dar.

Wirtschaftspolitisch würde der Plan der französischen Konservativen zu einem Experiment völliger Wirtschaftsfreiheit führen. Wie weit man entschlossen ist, die die Konkurrenz praktisch ausschließenden Wirtschaftsverbände tatsächlich aufzulösen oder ungefährlich zu

machen, ist schwer zu sagen. Die letzte, nur selten ausgesprochene Hoffnung besteht jedoch darin, durch das freie Spiel der Kräfte

innerhalb Westeuropas die französischen Arbeitnehmer unausweichbar zur Hinnahme eines gesenkten Lebensstandards und einer Verschlechterung der sozialen Sicherheit zu zwingen.

So weit die Absichten. Wie steht es nun mit ihren politischen Verwirklichungsmöglichkeiten? Angesichts der bei den Volksrepublikanern stark ausgeprägten Linkstendenzen verfügt die konservative Rechte selbst unter Hinzuziehung der Gaullisten über keine Mehrheit

im augenblicklichen Parlament. Die ist umso mehr an Neuwahlen interessiert, als sie die Überzeugung hat, dass daraus der Gaullismus nur geringen Nutzen ziehen kann. Allerdings ist bei den gegebenen verfassungsmässigen Voraussetzungen eine Neuwahl allein mit Zustimmung der Sozialisten denkbar, zumal sich die politische Zusammensetzung der Nationalversammlung nur nach Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht zu ändern vermag. Während die Kommunisten und auch die Volksrepublikaner sich weigern, das Verhältniswahlrecht aufzugeben, besteht eine gewisse Möglichkeit, die Sozialisten hierfür zu gewinnen. Es ist infolgedessen nicht ausgeschlossen, dass die Regierung

Queuille von einem Übergangskabinett, das neue Wahlen vorbereitet und gleichzeitig den Gewerkschaften gewisse Zugeständnisse macht, abgelöst wird.

Unabhängig davon ist festzustellen, dass die demokratische Staatsform in Frankreich zur Zeit kaum gefährdet ist. Die Kommunisten sind eine isolierte Minderheit und die Gaullisten können ebenso wenig mit einer "Machtergreifung" rechnen.

\* \* \*

\* \* \*

\* \* \*

\* \* \*

\* \* \*

\* \* \*

### Geburtstagsgeschenke für Gottwald

---

sp. In der Tschechoslowakei ist die Bewirtschaftung von Brot, Mehl, Mühlenerzeugnissen und Kartoffeln aufgehoben worden. Beim Staatspräsidenten und bei der kommunistischen Parteizentrale häufen sich, wie mitgeteilt wird, nun die Dankschreiben der werktätigen Bevölkerung zu Bergen. Der Dank äussert sich in einer besonderen "volksdemokratischen" Weise. So haben sich in einer grossen Brüxer Textilfabrik sechs Arbeiter verpflichtet, bis zum Jahresende nicht eine einzige unentschuldigte Stunde in der Arbeit fernzubleiben und die normale Absenz auf 1 Prozent herunterzudrücken, etwaige kommende Krankheiten schon eingerechnet.

Die Abteilung "Fahrzeuge" der Skoda-Werke verpflichtet sich aus Dankbarkeit, den ganzjährigen Produktionsplan in Traktoren schon zum 23. November, dem Geburtstag Gottwalds zu erfüllen. Die Belegschaft der Modellwerkstatt hat sich schlicht vorgenommen, "noch intensiver an den Aufträgen für das Elektrizitätswerk" zu arbeiten. Den Vogel schießen aber die Giesser der Skodawerke ab, die bis zum Geburtstag Gottwalds ihre Leistung nicht unter 185 Prozent absinken lassen werden und das "unter keinen Umständen auf Kosten der Qualität". Die "Genossen Abgüsse-Putzer" sind nicht so aktiv, immerhin wollen sie, das aber versprechen sie Gottwald feierlich, ihre Leistung bis zu seinem Geburtstag nicht unter 160 Prozent absinken lassen.

Die Arbeiter der Smichower Waggonfabrik wollen vor soviel Arbeitsfreude nicht zurückstehen. Die Tapezierer des Werkes haben sich verpflichtet, einen Exportauftrag um neun Tage früher zu beenden als planmässig vorgesehen. Vier namentlich angeführte Schlosser werden die Arbeit an 35 Waggonen um 4900 Minuten, zwei Lackierer die Anstreichzeit der Fahrgestelle ebenfalls um 4900 Minuten herabdrücken. Von den übrigen etlichen tausend Arbeitern des Werkes wird nichts gesagt, aber am Schluss der Dankadresse heisst es: "Wir werden schneller und besser arbeiten, ob das jemandem gefällt oder nicht!"

Am selben Tag gab Ministerpräsident Zapotocky auf einer Gewerkschaftstagung bekannt, dass die Arbeitsversäumnisse 1948 gegenüber 1947 um 26 Prozent und im ersten Vierteljahr 1949 sogar um 37.5 Prozent gestiegen seien.

\* \* \*

Aus der Ostzone:

Überfüllte Strafanstalten in Thüringen

sp. Die Gefängnisse und Zuchthäuser in Thüringen haben Platz für etwa 4.500 Verurteilte. Zur Zeit gibt es aber 6.700 Gefangene, davon allein 4.300 politische. In diesen Zahlen sind nicht die Gefangenen der Kzs und die in Untersuchungshaft bei der Volkspolizei Inhaftierten eingerechnet.

Allmächtiger Staatsanwalt

sp. Der Volksoberstaatsanwalt Hermann R o d e w a l d, Erfurt erklärte vor SED-Juristen: "Die Gerichtsverhandlung muss völlig in den Händen des Staatsanwaltes liegen. Der Richter und Rechtsanwalt müssen vor ihm zittern und immer daran denken, dass sie jederzeit von ihm verhaftet werden können".

Feind hört mit

sp. Die SED baut ein gross angelegtes Spitzelsystem zur Überwachung der öffentlichen Meinung in der Eisenbahn aus. Spitzel sollen in die Abteile der Eisenbahn verteilt werden, um Personen, die gegen die SED Stellung nehmen, festzustellen. Unauffällig sollen die Spitzel dann beim Aussteigen diesen Personen folgen und bereitstehende Volkspolizisten zur Festnahme herbeirufen. An jeder Sperre sollen Volkspolizisten für diese Aktion bereitstehen.

\* \* \*

Umsiedlung in die französische Zone. (sp.) Für den Rest des Monats Oktober 1949 sind folgende Umsiedlungstransporte aus Schleswig-Holstein nach den Ländern der französischen Zone vorgesehen:

12. Oktober 1949 342 Personen aus den Kreisen Südtondern, Husum, Norderdithmarschen n a c h Württemberg-Hohenzollern in die Kreise Biberach, Tuttlingen und Sigmaringen; 18. Oktober 1949 406 Personen aus den Kreisen Flensburg, Schleswig, Eckernförde, Kiel, Flön, Eutin, Lübeck und Rendsburg n a c h Südbaden (Kreis Freiburg); 19. Oktober 1949 413 Personen aus Südtondern, Biederstedt und Norderdithmarschen n a c h Reusslingen, Tübingen, Balingen; 22. Oktober 1949 323 Personen aus Friedrichstadt, Heide und Büsum n a c h Südbaden; 25. Oktober 1949 358 Personen aus den Kreisen Schleswig, Norder- und Süderdithmarschen n a c h Südbaden; 26. Oktober 1949 307 Personen aus den Kreisen Flön, Stormarn und Lübeck n a c h Württemberg-Hohenzollern in die Kreise Niedern-Au, Biberach; 29. Oktober 1949 235 Personen aus den Kreisen Flön und Stormarn n a c h Württemberg-Hohenzollern in die Kreise Tuttlingen und Sigmaringen.

\* \* \*